

# Inhaltsverzeichnis

Bearbeiter:innenverzeichnis .....	XXX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXV
Literaturverzeichnis .....	XLII
<b>Erster Teil: Rechtsstaatsförderung in Deutschland</b> .....	<b>1</b>
§ 1 Rechtsstaatsförderung in Deutschland: Politik, Praxis und Forschung. ....	3
A. Rechtsstaatsförderung in der deutschen auswärtigen Politik ...	3
<i>(Matthias Kötter)</i>	
I. Rechtsstaatsförderung: Handlungsfeld der deutschen auswärtigen Politik .....	3
II. Deutsche Rechtsstaatsförderung .....	4
III. Der Rechtsstaatsbegriff der Rechtsstaatsförderung .....	6
Anlage zu § 1 A. ....	9
B. Akteurskonstellationen bei der Rechtsstaatsförderung .....	11
<i>(Matthias Kötter)</i>	
I. Akteure und Akteurskonstellationen bei der Rechtsstaatsförderung .....	11
II. Internationale Vereinbarung über rechtsstaatliche Reformen .....	12
III. Projektbasierte Rechtsstaatsförderung .....	13
1. Durchführungsebene .....	14
2. Politische Steuerung .....	15
IV. Multilaterale Rechtsstaatsförderung .....	16
C. Rechtsstaatsförderung in der Forschung .....	17
<i>(Christian Boulanger und Matthias Kötter)</i>	
I. Rechtsstaatsförderung als Forschungsfeld .....	17
II. Universitäre und außeruniversitäre Forschung zur Rechtsstaatsförderung in Deutschland .....	18
III. Praxisforschung .....	20
IV. Rechtsstaatsförderungsforschung als eigenständiger Wissensbestand .....	21
§ 2 Das Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland als Akteur der Rechtsstaatsförderung .....	24
A. Historisches Erbe: Recht als Instrument der Modernisierung und Unterdrückung .....	24
<i>(Tilman J. Röder)</i>	
I. Rechtsstaatsförderung in historisch vorbelasteten Kontexten .....	24

II.	Rezeption von deutschem Recht in Japan . . . . .	24
III.	Deutsches Kolonialrecht . . . . .	25
IV.	Nationalsozialistisches Besatzungsrecht in den Ostgebieten . . . . .	27
V.	Perspektiven für eine postkoloniale Rechtsstaatsförderung . . . . .	28
B.	Rechtsstaatsaufbau in der frühen Bundesrepublik . . . . .	30
	<i>(Jörg Requate)</i>	
I.	Rahmenbedingungen der bundesdeutschen Rechtsstaatsentwicklung . . . . .	30
II.	Die Entstehung des Grundgesetzes . . . . .	30
III.	Das Bundesverfassungsgericht . . . . .	32
IV.	Die Rolle der Zivilgesellschaft . . . . .	33
V.	Fazit . . . . .	35
C.	Entwicklungspolitik und Rechtsstaat in den 1960–1980er Jahren . . . . .	35
	<i>(Philipp Dann)</i>	
I.	Entwicklungspolitik zwischen Rechtsstaat und Bürokratie . . . . .	35
II.	Ausgangslage: die Anfänge bundesrepublikanischer Entwicklungspolitik und -verwaltung . . . . .	36
III.	Inhaltliche und organisatorische Verselbständigung der Entwicklungspolitik unter Eppler . . . . .	37
IV.	Rückkehr zum Primat nationaler Interessen . . . . .	38
V.	Fazit . . . . .	40
D.	Rechtsstaatsaufbau als Mittel zur Integration der neuen Bundesländer . . . . .	40
	<i>(Ulrich Hagenloech und Tilmann J. Röder)</i>	
I.	Ähnlichkeiten zur Rechtsstaatsförderung . . . . .	40
II.	Die Ausgangslage im Jahr 1990 . . . . .	41
	1. Politische Entwicklungen . . . . .	41
	2. Herstellung der Rechtseinheit . . . . .	41
III.	Rechtsstaatsaufbau 1990–1994 am Beispiel Sachsens . . . . .	42
	1. Verfassungen und Staatsorgane der neuen Länder . . . . .	42
	2. Länder- und Kommunalverwaltungen . . . . .	42
	3. Institutionen der Rechtspflege . . . . .	43
IV.	Gesellschaftliche Wirkungen . . . . .	45
V.	Erkenntnisse für die internationale Rechtsstaatsförderung . . . . .	45
	<b>Zweiter Teil: Praxisbeispiele deutscher Rechtsstaatsförderung . . . . .</b>	<b>47</b>
§ 3	Bilaterale und regionale Vorhaben . . . . .	49
A.	Rechtskooperation mit China (seit 1984) . . . . .	49
	<i>(Marc Spitzkatz)</i>	
I.	Ausgangslage . . . . .	49
II.	Ziele . . . . .	50
III.	Aktivitäten und Akteure . . . . .	50
	1. Unterstützung beim Systemwechsel . . . . .	50
	2. Gesetzgebungsberatung . . . . .	51
	3. Ausbildung von Richterinnen und Richtern . . . . .	51
IV.	Wirkungen . . . . .	52

B.	Unterstützung der Transformationen in Mittel-, Ost- und Süd- osteuroopa (seit 1992). . . . .	55
	<i>(Julie Trappe)</i>	
I.	1990 als neue Etappe deutscher Rechtsstaatsförderung. . . .	55
II.	Beratung in Mittel- und Osteuroopa ab den 1990er-Jahren. .	57
	1. Gegenstand der Reformen . . . . .	57
	2. Die europäische Dimension . . . . .	58
III.	Schlussfolgerungen . . . . .	59
C.	Unterstützung der Transformationen in Südkaukasus und Zent- ralasien (seit 1993) . . . . .	60
	<i>(Jens Deppe)</i>	
I.	Ausgangslage der Transformationsstaaten . . . . .	60
II.	Zweifache Aufgabenstellung der Transformation. . . . .	63
III.	Programmdesign der deutschen Vorhaben . . . . .	64
IV.	Ansatz der deutschen Rechtsreformberatung. . . . .	65
V.	Wirkungen . . . . .	66
D.	Verfassungsberatung in Südafrika (1993–1996) . . . . .	69
	<i>(Ulrich Karpen)</i>	
I.	Vom autoritären Apartheidsystem zum demokratischen Rechtsstaat . . . . .	69
II.	Die „ausgehandelte Revolution“ (1992–1994) . . . . .	70
III.	Von der vorläufigen zur endgültigen Verfassung (1994–1996). .	71
IV.	Hat sich die Verfassung bewährt? . . . . .	73
E.	Koordinierung des Justizaufbaus in Afghanistan (2002–2014) . .	75
	<i>(Wolf Plesmann und Tilmann J. Röder)</i>	
I.	Herausforderungen des Justizaufbaus in Afghanistan. . . . .	75
II.	Vorgaben des Petersberger Abkommen und der afghani- schen Verfassung. . . . .	75
III.	Das Verhältnis zwischen Gebern und der afghanischen Re- gierung. . . . .	76
IV.	Koordinierung der deutschen Vorhaben . . . . .	78
	1. Vereinbarungen mit afghanischen Partnern . . . . .	78
	2. Koordinierung unter deutschen Akteuren . . . . .	78
	3. Koordinierung unter internationalen Akteuren . . . . .	79
V.	Erkenntnisse über Koordinierung im Bereich der Rechts- staatsförderung . . . . .	80
F.	Die Verbesserung des Zugangs zu Recht durch Paralegals in Si- erra Leone (2009–2013) und Sambia (2015–2021). . . . .	81
	<i>(Tillmann Schneider und Sabine Midderhoff)</i>	
I.	Paralegals und <i>Legal Empowerment</i> . . . . .	81
II.	Unterstützung von Paralegalismus durch GIZ-Vorhaben. . .	82
	1. Rechtsstaatsförderung in Sierra Leone (2009–2013) . . .	82
	2. PLEED Sambia (2015–2021) . . . . .	84
III.	Chancen und Herausforderungen. . . . .	86
G.	Transformationshilfe nach dem Arabischen Frühling (2011–2012). . . . .	86
	<i>(Rainer Grote und Tilmann J. Röder)</i>	

I.	Begriff der Transformationshilfe . . . . .	86
II.	Akteure und Ansätze . . . . .	87
III.	Entwicklungen und Erfahrungen . . . . .	88
1.	Ähnlichkeiten und Unterschiede der Kontexte . . . . .	88
2.	Rechtliche Entwicklungen im Überblick . . . . .	88
3.	Länderbeispiel Ägypten . . . . .	89
4.	Länderbeispiel Libyen . . . . .	90
5.	Länderbeispiel Tunesien . . . . .	91
IV.	Fazit: Erfolgsbedingungen von Rechtsstaatsförderung in Transformationskontexten . . . . .	91
H.	Demokratisierung und Menschenrechtsschutz in Zusammenarbeit mit der Organisation Amerikanischer Staaten (seit 2012) . . . . . ( <i>Helen Abrens und Anna Heinen</i> )	92
I.	Das Menschenrecht auf Zugang zu Recht und Justiz im interamerikanischen Menschenrechtssystem . . . . .	92
1.	Menschenrechte und gesellschaftspolitische Entwicklung in Lateinamerika . . . . .	92
2.	Das Menschenrecht auf Zugang zu Recht und Justiz: Normen und Praxis . . . . .	94
3.	Vorgehen des Projekts DIRAJus. . . . .	95
4.	Die Zukunft des Menschenrechtsschutzes in der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) . . . . .	96
II.	Transformation durch Recht in Lateinamerika? . . . . .	97
I.	Rechtsstaats- und Demokratieförderung durch die politischen Stiftungen: Das Beispiel der Konrad-Adenauer-Stiftung . . . . . ( <i>Franziska Rinke</i> )	98
I.	Politische Stiftungen . . . . .	98
II.	Rechtsstaatsförderung durch politische Stiftungen . . . . .	99
III.	Das Rechtsstaatsprogramm der Konrad-Adenauer-Stiftung . . . . .	100
IV.	Fazit. . . . .	102
J.	Beiträge von Berufsvereinigungen: Das Beispiel des Aufbaus von Notariatssystemen in den Transformationsstaaten . . . . . ( <i>Richard Bock</i> )	103
I.	Entwicklung der internationalen Zusammenarbeit seit 1992. . . . .	103
II.	Berufsrecht . . . . .	104
1.	Kompetenzen. . . . .	104
2.	Zulassungs- und Ernennungsprobleme . . . . .	105
3.	Flächendeckende Versorgung . . . . .	105
4.	Kammerwesen . . . . .	106
III.	Digitalisierung . . . . .	106
IV.	Gemeinsame Projekte der BNotK mit der GIZ . . . . .	107
1.	Serbien . . . . .	107
2.	Nordmazedonien . . . . .	107
3.	Food and Agriculture Organization. . . . .	108
4.	China . . . . .	108
V.	Schlussbetrachtung . . . . .	108

§ 4	Multilaterale und internationale Vorhaben . . . . .	109
A.	Rechtsstaatsförderung durch Missionen der Europäischen Union . . . . . (Richard Winkelhofer, Ines Thevarajah und Fabian Löwenberg)	109
I.	Überblick EU-Missionen . . . . .	109
II.	Missionen . . . . .	110
1.	EUPOL Afghanistan . . . . .	110
2.	EULEX Kosovo . . . . .	111
3.	EUAM Ukraine . . . . .	113
III.	Stärken, Schwächen und Ausblick der Rechtsstaatsförderung durch EU-Missionen . . . . .	114
B.	Rechtsstaatsförderung durch EU-Projekte . . . . . (Julie Trappe)	115
I.	Deutschland als Durchführer von EU-Projekten . . . . .	115
II.	Twinning Kosovo „Strengthening Policy formulation and legislative drafting“ . . . . .	116
1.	Projektrahmen . . . . .	116
2.	Einblicke in die kosovarische Rechtsordnung . . . . .	117
3.	Herausforderungen . . . . .	119
III.	Erfolgsvoraussetzungen . . . . .	120
C.	Rechtsstaatsförderung durch die OSZE . . . . . (Nathalie Ebead und Thomas Vennen)	121
I.	Vorbemerkung . . . . .	121
II.	Ziele und Herausforderungen der Rechtstaatlichkeit in der OSZE-Region . . . . .	122
III.	OSZE-Rechtstaatlichkeitsförderung: Ansätze und Instrumente . . . . .	123
1.	Multi-dimensionaler Ansatz zur Rechtstaatlichkeitsförderung . . . . .	123
2.	Arbeitsmodalitäten der OSZE-Strukturen zur Rechtstaatlichkeitsförderung . . . . .	123
3.	Spezifische Instrumente der OSZE-Rechtstaatlichkeitsförderung . . . . .	125
IV.	Unterstützung von Reformvorhaben am Beispiel Georgien . . . . .	126
D.	Rechtsstaatsförderung durch die Weltbank und die Vereinten Nationen . . . . . (Peter Best)	127
I.	Der spezifische Ansatz der Weltbank in der Rechtsstaatsförderung . . . . .	127
II.	Der Kooperationstypus der Rechtsstaatsförderung am Beispiel Serbien . . . . .	127
1.	Erfassung justizieller Daten . . . . .	127
2.	Das Multi Donor Trust Fund Justice Sector Support Project in Serbien . . . . .	128
3.	Funktionsanalyse der Justiz . . . . .	129
III.	Der spezifische Ansatz der UN in der Rechtsstaatsförderung . . . . .	130
IV.	Unterstützung von Justizreformen am Beispiel Armenien . . . . .	131
V.	Anmerkungen aus deutscher Sicht . . . . .	131

E.	Internationale Missionen gegen Korruption und Straflosigkeit. .	133
	( <i>Daniel Kempken</i> )	
I.	Einleitung. ....	133
II.	Ansatz der Missionen in Guatemala und Honduras. ....	133
	1. Abgrenzung zu klassischen Ansätzen der Rechtsstaats-	
	förderung. ....	134
	2. Strategie der Missionen im Einzelnen. ....	135
	3. Rückschläge. ....	136
III.	Ein Erfolgsmodell ist in der Welt. ....	136
	1. Das Vermächtnis. ....	136
	2. Das Erfolgsrezept. ....	137
	3. Einfluss der Geber:innen. ....	137
	4. Unterstützung der Zivilgesellschaft. ....	137
IV.	Ausblick. ....	137
	1. Politischer Dialog. ....	137
	2. Konzeptionelle Schlussfolgerungen. ....	138
	3. Missionen der zweiten Generation. ....	138
§ 5	Deutsche Rechtsstaatsförderung aus der Perspektive der Partner-	
	länder. ....	139
A.	Rückblick auf Georgiens rechtliche Transformation im Privatrecht	139
	( <i>Lado Chanturia</i> )	
I.	Einführung. ....	139
II.	Wahl der Partner für die Reform des Zivilrechts. ....	139
III.	Kodifizierte Gesetzgebung. ....	140
IV.	Inhaltliche Ausgestaltung. ....	141
V.	Entstehung juristischer Literatur durch rechtswissenschaft-	
	liche Kooperation. ....	142
VI.	Europäisierung des Rechts als kulturhistorischer Prozess. .	143
VII.	Hospitationen, Juristenausbildung und Hochschulkooopera-	
	tionen. ....	143
B.	Kosovo zwischen internationaler Verwaltung und staatlicher	
	Unabhängigkeit (1999–2019). ....	145
	( <i>Robert Mubharremi</i> )	
I.	Das Kosovo 1999–2019. ....	145
	1. Das Kosovo unter UNMIK (United Nations Interim	
	Administration Mission in Kosovo). ....	146
	2. Konkurrenz der Rechtsordnungen. ....	146
II.	Das kosovarische Zivilgesetzbuch. ....	147
III.	Deutsches Engagement im Kosovo. ....	150
C.	Verfassungsgebung und politische Legitimität in Somalia (seit	
	2000). ....	151
	( <i>Mohamed Osman Jawari</i> )	
I.	Somalias Weg zum 4,5-Clan-Repräsentationsschema. ....	151
II.	Die Übergangsjahre: 2002–2012. ....	152
III.	Der vorläufige Überprüfungs- und Umsetzungsprozess der	
	Verfassung. ....	153
IV.	Legitimität der Verfassungsfindung. ....	154

D.	Justizaufbau und Rechtsverständnisse in Afghanistan (seit 2001) . . . . .	156
	<i>(Bahishta Zahir Hellali)</i>	
I.	Schwache Ergebnisse trotz massiver Unterstützung . . . . .	156
II.	Rechtspluralismus und Verständnisse von 'adalat' (Gerechtigkeit) in Afghanistan . . . . .	157
III.	Das Fortbestehen der informellen Streitbeilegung . . . . .	159
IV.	Integrative Ansätze in der Rechtsstaatsförderung . . . . .	160
E.	Gesetzgebung und Gesetzesfolgenabschätzung in Peru (seit 2010) . . . . .	161
	<i>(Carlos Jahnsen Gutierrez)</i>	
I.	Einleitung; Empfehlungen der OECD-Studie . . . . .	161
II.	Der deutsche Beitrag zur Implementierung der OECD-Empfehlungen und der peruanische Weg eines angepassten Systems der GFA . . . . .	162
III.	Umsetzungserfahrungen . . . . .	164
IV.	Schlussfolgerungen . . . . .	165
F.	Deutsch-türkische Rechtsbeziehungen . . . . .	166
	<i>(Bahri Öztürk und Nilüfer Köker)</i>	
I.	Historischer Rückblick . . . . .	166
1.	Entwicklung des türkischen Rechts . . . . .	167
2.	Einfluss bedeutender deutscher Persönlichkeiten auf das türkische Hochschulwesen und Recht . . . . .	167
II.	Strafrechtliche Reformgesetze ab 2005 . . . . .	169
III.	Deutsch-türkische Kooperation . . . . .	170
1.	Institutionelle Zusammenarbeit im Justizbereich . . . . .	170
2.	Deutsch-türkisches Engagement an der İstanbul Kültür Üniversitesi . . . . .	171
IV.	Schlussbemerkung . . . . .	171
<b>Dritter Teil: Ziele, Handlungsfelder und Konzepte deutscher Rechtsstaatsförderung . . . . .</b>		<b>173</b>
§ 6	Übergeordnete Ziele bei der Rechtsstaatsförderung . . . . .	175
A.	Frieden und Sicherheit . . . . .	175
	<i>(Matthias Kötter)</i>	
I.	Frieden und Sicherheit als übergeordnete Ziele der deutschen Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik . . . . .	175
II.	Deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik . . . . .	176
1.	Grundgesetz . . . . .	176
2.	Internationale Ordnung . . . . .	177
3.	Deutsche Friedens- und Sicherheitsinteressen . . . . .	178
III.	Stabilisierung . . . . .	178
IV.	Folgerungen für die Rechtsstaatsförderung . . . . .	180
B.	Nachhaltige Entwicklung . . . . .	181
	<i>(Astrid Wiik)</i>	
I.	Nachhaltige Entwicklung als Leitbild moderner deutscher Entwicklungspolitik . . . . .	181

II.	Nachhaltige Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit: die Agenda 2030 und die SDGs . . . . .	182
1.	Die Struktur der Agenda 2030 und der SDGs . . . . .	183
2.	Rechtsstaatlichkeit in den SDGs . . . . .	183
3.	Verhandlungsprozess . . . . .	184
4.	Bedeutung für die Akteure der deutschen Rechtsstaatsförderung. . . . .	185
III.	Nachhaltige Entwicklung und Rechtsstaatlichkeit: Auswirkungen der Verknüpfung. . . . .	186
C.	Menschenrechte . . . . .	187
	<i>(Andrea Kämpf)</i>	
I.	Menschenrechte und Rechtsstaatsförderung im Verständnis der Bundesregierung . . . . .	187
II.	Menschenrechtliche Grundlagen im internationalen Recht	190
III.	Menschenrechtlicher Rechtsstaatsbegriff . . . . .	192
IV.	Menschenrechte in der Rechtsstaatsförderung . . . . .	193
D.	Demokratie . . . . .	194
	<i>(Sylvia Zalewska-Löwenberg)</i>	
I.	Die Förderung von Demokratie als übergeordnetes Ziel der Rechtsstaatsförderung . . . . .	194
II.	Rechtliche Grundlagen der Förderung von Demokratie . . .	195
1.	Verfassungsrechtliche Ebene . . . . .	195
2.	Europäische Ebene. . . . .	195
3.	Völkerrechtliche und internationale Ebene. . . . .	196
III.	Maßnahmen der Demokratieförderung. . . . .	196
IV.	Demokratieförderung und Rechtsstaatsförderung . . . . .	197
1.	Begriffe von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit . . .	197
2.	Herausforderungen für die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit . . . . .	199
E.	Außenwirtschaftspolitik . . . . .	200
	<i>(Friederike Diaby-Pentzlin)</i>	
I.	Arena widerstreitender Interessen. . . . .	200
II.	Rahmenbedingungen . . . . .	200
III.	Interventionsebenen . . . . .	201
IV.	Außenwirtschaftspolitik und Recht im historischen Rückblick. . . . .	201
1.	1980er Jahre: Beginn juristischer Beratungen zu Auslandsinvestitionen . . . . .	202
2.	1990er Jahre: Umbau ehemals sozialistischer Wirtschaftssysteme . . . . .	202
3.	Ab 1998: Armutsorientierte globale Strukturpolitik . .	203
4.	Ab 2009: Einbindung der Privatwirtschaft . . . . .	203
5.	Seit 2013: Zwischen SDGs und Corporate Social Responsibility . . . . .	204
V.	Beispiel der Förderung rechtlicher Rahmenbedingungen für industrielle Landwirtschaft . . . . .	205
VI.	Ökologische Zeitenwende für nachhaltige Entwicklungsziele . . . . .	206

F.	Europäische Integration . . . . .	207
	<i>(Julie Trappe)</i>	
I.	Deutschland als Teil der Europäischen Union . . . . .	207
II.	Europäische Erweiterung . . . . .	208
	1. Die erste osteuropäische Beitrittswelle 2004 . . . . .	208
	2. Rumänien und Bulgarien 2007 . . . . .	209
	3. Kroatien und der Westbalkan . . . . .	209
III.	Konditionalität und Rechtstransfer . . . . .	210
§ 7	Handlungsfelder und Konzepte der Rechtsstaatsförderung . . . . .	213
A.	Access to Justice . . . . .	213
	<i>(Lothar Jahn)</i>	
I.	Zugang zu Recht – ein Schwerpunkt heutiger Rechtsstaatsförderung . . . . .	213
II.	Entwicklung von AtoJ in der frühen deutschen RSF: Konzentration auf den Staat . . . . .	213
III.	Legal Empowerment und SDG 16: Fokus auf benachteiligte Bevölkerungsgruppen . . . . .	214
IV.	Begriff des Zugangs zu Recht . . . . .	215
V.	Ansätze der internationalen Förderpraxis . . . . .	216
B.	Verwaltungsreformen . . . . .	217
	<i>(Jens Deppe)</i>	
I.	Vielgestaltigkeit der Aufgaben von Verwaltungsreformen . . . . .	217
II.	Konzepte und Lernerfahrungen ausgewählter Verwaltungsreformen . . . . .	219
III.	Rechtsstaatliche Kriterien für Verwaltungsreformen . . . . .	221
	1. Globale Indizes . . . . .	221
	2. Checkliste der Venedig-Kommission und UNDP Guidance Note . . . . .	222
	3. Nachhaltige Entwicklungsziele und der World Public Sector Report . . . . .	222
	4. Die Rechtsstaatlichkeit der europäischen Grundsätze für die Öffentliche Verwaltung (SIGMA) . . . . .	223
C.	Sicherheitssektorreform . . . . .	224
	<i>(Sylvia Zalewska-Löwenberg und Tilmann J. Röder)</i>	
I.	Konzeptionelle und normative Grundlagen . . . . .	224
II.	Ziele und Ansätze . . . . .	224
III.	Instrumente . . . . .	225
	1. SSG-Reformen . . . . .	225
	2. Capacity Building . . . . .	225
	3. Ertüchtigung . . . . .	226
	4. Budgethilfe . . . . .	226
IV.	SSR-Strategie der Bundesregierung . . . . .	226
V.	Deutsche SSR-Programme und Initiativen . . . . .	227
	1. Militärisches Ausstattungshilfeprogramm (AH-P) . . . . .	227
	2. Polizeiliches Ausbildungs- und Ausstattungshilfeprogramm (AAH-P) . . . . .	227

3.	Ertüchtigungsinitiative . . . . .	228
4.	Stärkung von SSG und Kapazitäten . . . . .	228
VI.	Schnittstellen zu Rechtsstaatsförderung . . . . .	228
1.	Zivile Führung und demokratische Aufsicht . . . . .	229
2.	Organe des Sicherheitssektors . . . . .	229
3.	Strafverfolgungsbehörden . . . . .	229
4.	Zivilgesellschaft . . . . .	230
5.	Nicht-staatliche bewaffnete Akteure . . . . .	230
VII.	Ausblick . . . . .	230
D.	Öffentliche Finanzverwaltung . . . . .	230
	<i>(Birger Nerré)</i>	
I.	Dualität von Rechtsstaat und Steuerstaat, Besteuerungs- grundsätze . . . . .	230
II.	Die öffentliche Finanzverwaltung . . . . .	233
1.	Begriffsklärung . . . . .	233
2.	Institutionelle Rahmenbedingungen: Der Autono- mie-Aspekt . . . . .	233
III.	Bewertungsstandard der Qualität von Finanzverwaltungen: TADAT . . . . .	234
IV.	Steuerkultur . . . . .	235
V.	Synthese und Ausblick . . . . .	236
E.	Antikorruption . . . . .	237
	<i>(Miriam Kosmehl)</i>	
I.	Das Verhältnis von Rechtsstaatsförderung und Antikorrup- tion . . . . .	237
II.	Ausprägungen und Folgen von Korruption . . . . .	238
III.	Der normative Rahmen für Antikorruption . . . . .	239
IV.	Ansätze für ein erfolgreiches Vorgehen gegen Korruption . . . . .	240
1.	Die Schlüsselrolle von Justiz und Staatsanwaltschaft . . . . .	241
2.	Strategischer Dreiklang aus Strafverfolgung, Präven- tion und Aufklärung . . . . .	242
3.	Partner für Transparenz und Integrität: Zivilgesell- schaft – Medien – Wirtschaft . . . . .	242
V.	Strategien der Bundesregierung . . . . .	243
VI.	Antikorruption zur Verteidigung von Demokratie und Rechtsstaat . . . . .	243
F.	Förderung der Zivilgesellschaft . . . . .	244
	<i>(Sandra Fuhr und Jens Deppe)</i>	
I.	Einführung: Begriff der Zivilgesellschaft in der EZ . . . . .	244
II.	Die Zivilgesellschaft im Verhältnis zur Demokratie- und Rechtsstaatsförderung . . . . .	245
III.	Politische Teilhabe und Rechtsstaatsförderung aus Sicht des BMZ . . . . .	246
IV.	Shrinking Spaces . . . . .	248
G.	Gender Equality . . . . .	250
	<i>(Angela Langenkamp)</i>	
I.	Normative Grundlagen . . . . .	250

1.	Internationale Standards, Verpflichtungen und Rechenschaftslegungsmechanismen . . . . .	250
2.	Resolution 1325 zu Frauen, Frieden, Sicherheit des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (UNSCR 1325) .	252
3.	Afrikanische Standards, Verpflichtungen und Rechenschaftslegungsmechanismen . . . . .	252
II.	Gewalt gegen Frauen und Mädchen . . . . .	253
III.	Rechtspluralismus und Zugang zu Recht . . . . .	254
IV.	Geschlechtergerechtigkeit: Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich . . . . .	255
H.	Transitional Justice . . . . . ( <i>Anja Mibr und Julie Trappe</i> )	257
I.	Der Begriff der Transitional Justice . . . . .	257
II.	Internationalisierung von Transitional Justice . . . . .	257
III.	Transitional Justice und Rechtsstaatsförderung . . . . .	259
IV.	Forschungsfragen . . . . .	260
V.	Transitional Justice und Demokratisierung . . . . .	261
I.	Wirtschaftsförderung . . . . . ( <i>Hans-Joachim Schramm</i> )	262
I.	Law and Development. . . . .	262
II.	Gegenstände und Ziele der Reformberatung im Wirtschaftsrecht. . . . .	263
III.	Maßstäbe: <i>Principles, Rankings</i> und Modellgesetze . . . . .	266
IV.	Schlussfolgerungen und Ausblick. . . . .	266
J.	Friedensmediation . . . . . ( <i>Tilman J. Röder, Luxshi Vimalarajah und Julia von Dobeneck</i> )	267
I.	Begriffsklärung . . . . .	267
II.	Grundlagen der Friedensmediation. . . . .	268
1.	Konzeptionelle Grundlagen . . . . .	268
2.	Normativer Rahmen. . . . .	269
3.	Akteure . . . . .	270
III.	Zusammenwirken von Friedensmediation und Rechtsstaatsförderung . . . . .	270
1.	Schnittstelle zur Verfassungsberatung . . . . .	270
2.	Weitere Schnittstellen zur Rechtsstaatsförderung . . .	273
	<b>Vierter Teil: Theorie, Methoden, Forschungsansätze . . . . .</b>	<b>275</b>
§ 8	Entstehen, Wandel und Transfer von Recht und Institutionen . .	277
A.	Recht und Rechtspluralismus . . . . . ( <i>Markus Böckenförde</i> )	277
I.	Begriffe von Recht und Rechtspluralismus . . . . .	277
II.	Recht . . . . .	277
III.	Recht(spluralismus) im (post-)kolonialen Kontext . . . . .	280
IV.	Rechtspluralismus . . . . .	280
V.	Rechtsstaatsförderung und Rechtspluralismus . . . . .	282
B.	Rechtstransfer . . . . . ( <i>Tilman Schneider</i> )	283

I.	Die Bedeutung von Transferprozessen für die Rechtsstaatsförderung . . . . .	283
II.	Rechtstransfer als Gegenstand der Rechtsvergleichung . . . . .	284
III.	Metaphern-Vielfalt und interdisziplinärer Austausch in der jüngeren Forschung. . . . .	285
IV.	Erfolgsbedingungen für Transferprozesse? . . . . .	287
C.	Rechtsvergleichung. . . . . ( <i>Laura Jung</i> )	288
I.	Rechtsvergleichung und Rechtsstaatsförderung . . . . .	288
II.	Die wissenschaftliche Rechtsvergleichung . . . . .	289
1.	Die traditionelle Methode des Funktionalismus . . . . .	290
2.	Kritik und Resilienz des Funktionalismus . . . . .	291
III.	Die Rechtsvergleichung in der Praxis der Rechtsstaatsförderung. . . . .	292
D.	Rechtslinguistik: Sprache, Recht und Translation . . . . . ( <i>Beate Anam und Hatem Elliesie</i> )	294
I.	Die Sprachlichkeit des Rechts . . . . .	294
II.	Rechtslinguistik: Forschungsthema, Gegenstand, theoretische Ansätze . . . . .	296
III.	Die Sprachlichkeit des Rechts und die Translationsleistung als Herausforderung für die Rechtsstaatsförderung. . . . .	297
1.	Zweckbezogenheit von Übersetzungen . . . . .	297
2.	Herausforderungen durch Mehrsprachigkeit: Translationsleistungen. . . . .	297
3.	Anforderungen an die mit Rechtsstaatsförderung befassten Akteur:innen. . . . .	298
IV.	Konsequenzen für die Praxis der Rechtsstaatsförderung . . . . .	298
§ 9	Analyse von Handlungskontexten . . . . .	300
A.	Politikwissenschaftliche Kontextanalyse . . . . . ( <i>Gregor Reisch und Gregor Walter-Drop</i> )	300
I.	Begriff der Kontextanalyse . . . . .	300
II.	Vorhandene Ansätze . . . . .	301
III.	Die politikwissenschaftliche Perspektive . . . . .	302
IV.	Quantitative Ansätze . . . . .	303
V.	Qualitative Ansätze . . . . .	304
VI.	Ausblick. . . . .	305
B.	Erfassung von Rechtsstaatlichkeit . . . . . ( <i>Wolfgang Muno</i> )	306
I.	Messung und Indizes von Rechtsstaatlichkeit . . . . .	306
II.	Rechtsstaatlichkeits-Indizes. . . . .	306
1.	Der Freedom House Index (FHI). . . . .	307
2.	Der Bertelsmann Transformation Index (BTI). . . . .	308
3.	Worldwide Governance Indicators (WGI). . . . .	309
4.	Rule of Law Index des World Justice Project . . . . .	309
III.	Würdigung der genannten Rechtsstaatlichkeits-Indizes. . . . .	310

C.	Kontextanalyse aus sozialanthropologischer Perspektive. . . . .	312
	<i>(Julia Eckert, Johanna Mugler und Friederike Stahlmann)</i>	
I.	Rechtsanthropologische Perspektive und Fokus bei der Kontextanalyse . . . . .	312
II.	Fragen einer sozialanthropologischen Kontextanalyse. . . . .	313
III.	Methoden der sozialanthropologischen Kontextanalyse . . . . .	315
IV.	Interventionen der Rechtsstaatsförderung als Gegenstand der Analyse. . . . .	316
§ 10	Instrumentarium und Prozesse . . . . .	318
A.	Reflexiver Instrumentengebrauch . . . . .	318
	<i>(Johannes Socher und Gregor Walter-Drop)</i>	
I.	Begriffsbestimmung . . . . .	318
II.	Forschungsstand . . . . .	319
III.	Erfolgsbedingungen in der Rechtsstaatsförderung . . . . .	320
	1. Legitimität. . . . .	320
	2. Task-Komplexität . . . . .	321
	3. Institutionelles Design . . . . .	322
IV.	Forschungsagenda . . . . .	323
B.	Prozesssteuerung und Projektmanagement. . . . .	323
	<i>(Harald Fuhr)</i>	
I.	EZ-Vorhaben zwischen Projekt- und Politikzyklus . . . . .	323
II.	Verzahnung von EZ-Vorhaben mit dem nationalen Reformprozess im Partnerland . . . . .	325
	1. Identifikation und Planung von EZ-Vorhaben . . . . .	325
	2. Implementation von EZ-Vorhaben. . . . .	326
	3. Monitoring und Evaluierung von EZ-Vorhaben . . . . .	327
III.	Alternative Projektsteuerung von EZ-Vorhaben . . . . .	329
C.	Formen der internen und externen Evaluierung . . . . .	329
	<i>(Reinhard Stockmann)</i>	
I.	Evaluation als Politikinstrument. . . . .	329
II.	Evaluationsgegenstand und Ziele . . . . .	330
III.	Evaluationen im Programmzyklus . . . . .	331
IV.	Interne und externe Evaluationen. . . . .	331
V.	Rechtsstaatsförderung als Evaluationsgegenstand . . . . .	332
VI.	Wirkungsevaluation in der Rechtsstaatsförderung . . . . .	333
VII.	Erfolgsfaktoren für Rechtsstaatsförderung . . . . .	335
<b>Fünfter Teil: Instrumente und Prozesse der Rechtsstaatsförderung. . . . .</b>		<b>337</b>
§ 11	Rechtsbeziehungen im Akteursdreieck. . . . .	339
A.	Verfassungsrechtliche Grundlagen der Rechtsstaatsförderung. . . . .	339
	<i>(Matthias Kötter)</i>	
I.	Rechtsstaatsförderung als staatliche Aufgabe . . . . .	339
II.	Auswärtige Gewalt . . . . .	339
	1. Bund und Länder. . . . .	340
	2. Organkompetenzen insbesondere der Bundesregierung . . . . .	340

3.	Ressortprinzip und Ressortabstimmung . . . . .	341
III.	Materiell-verfassungsrechtliche Bindungen bei der Rechtsstaatsförderung . . . . .	342
1.	Friedensgebot und Völkerrechtsbindung . . . . .	342
2.	Grund- und Menschenrechtsbindung . . . . .	343
3.	Gewährleistungspflichten bei der Beteiligung anderer Akteure an der Rechtsstaatsförderung . . . . .	343
IV.	Kontrolle der auswärtigen Gewalt bei der Rechtsstaatsförderung . . . . .	344
B.	Das internationale Rechtsverhältnis bei der Rechtsstaatsförderung . . . . .	345
	(Matthias Kötter)	
I.	Rechtsstaatsförderung und internationales Recht. . . . .	345
II.	Staatensoeveränität und Interventionsverbot bei der Rechtsstaatsförderung . . . . .	346
1.	Verbotene Einmischung . . . . .	346
2.	Begrenzte Staatlichkeit . . . . .	347
3.	Haftung bei Völkerrechtsverstoß . . . . .	348
III.	Projektdurchführung aufgrund bilateraler Verwaltungsabkommen. . . . .	348
1.	Internationale Verwaltungsabkommen. . . . .	348
2.	Durchführungspraxis . . . . .	349
IV.	Vertragssicherheit bei der Projektdurchführung. . . . .	350
C.	Das Durchführungsrechtsverhältnis . . . . .	351
	(Matthias Kötter)	
I.	Das Durchführungsrechtsverhältnis von Mittelgeber und Projektdurchführer . . . . .	351
1.	Der Bund als Geber und Projektträger. . . . .	352
2.	Andere Geber und Kofinanzierungen . . . . .	353
II.	Auftragsrechtsverhältnis. . . . .	353
1.	Ober- und unter-schwellige Auftragsvergabe . . . . .	354
2.	Beauftragung staatlicher Durchführungsorganisationen. . . . .	354
3.	Vertragsgestaltung, Rechenschaftspflichten und Einwirkungsbefugnisse . . . . .	355
III.	Zuwendungsrechtsverhältnis . . . . .	355
1.	Zweckgemäße Mittelverwendung, Rechenschaftspflichten . . . . .	356
2.	Europäisches Beihilfenrecht . . . . .	356
IV.	Gewährleistungspflichten im Durchführungsrechtsverhältnis . . . . .	356
D.	Die rechtliche Stellung der Akteure im Partnerland . . . . .	357
	(Matthias Kötter)	
I.	Bindung an das lokale Recht des Handlungskontexts bei der Projektdurchführung. . . . .	357
1.	Rechtsgebiete und Rechtsstatus: das Beispiel Arbeitsrecht . . . . .	358
2.	Komplexe Rechts- und Kooperationsstrukturen . . . . .	359

II.	Sonderrechte internationaler Organisationen und ihres Personals . . . . .	359
III.	NGO-Gesetzgebung . . . . .	360
1.	Regelungen: das Beispiel Russlands . . . . .	360
2.	Politische Instrumentalisierung der NGO-Gesetzgebung . . . . .	362
§ 12	Projekt- und Finanzierungsarten . . . . .	364
A.	Rechtsstaatsförderung durch das BMZ . . . . . (Daniel Kempken)	364
I.	Leitgedanken entwicklungspolitischer Rechtsstaatsförderung im BMZ . . . . .	364
1.	Bedeutung der Rechtsstaatsförderung für die Entwicklungszusammenarbeit . . . . .	364
2.	Konzeptionelle Grundlagen . . . . .	364
3.	Das politische Dach . . . . .	365
4.	Zusammenarbeit mit Zivilgesellschaft, Justiz und Wissenschaft . . . . .	366
5.	Kontextanalyse und weitere Herausforderungen . . . . .	366
II.	Projektarten im Einzelnen . . . . .	367
1.	Staatliche Zusammenarbeit . . . . .	367
2.	Zusammenarbeit mit politischen Stiftungen, Kirchen und Nichtregierungsorganisationen (NRO) . . . . .	369
3.	Weitere Partner der Rechtsstaatsförderung . . . . .	369
B.	Rechtsstaatsförderung durch das AA . . . . . (Lars Müller und Viktoria Budde)	370
I.	Leitgedanken zur RSF im Ressort des Auswärtigen Amtes . . . . .	370
1.	Außenpolitische Zielsetzung . . . . .	370
2.	Schwerpunktbereiche . . . . .	371
II.	Das Projektverfahren im Auswärtigen Amt . . . . .	372
1.	Politische Planung . . . . .	372
2.	Initiation und Design von Projekten: drei Varianten . . . . .	373
3.	Mittelbewilligung, Berichtspflichten, Zusatzvereinbarungen, Absichten . . . . .	374
4.	Sonderform: Projektförderung durch IfA zivik . . . . .	375
C.	Rechtsstaatsförderung durch das BMJV . . . . . (Stefan Hülshörster und Stefan Pürner)	376
I.	Leitgedanken und Struktur der Rechtsstaatsförderung im Justizressort . . . . .	376
1.	Das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz . . . . .	376
2.	Organisation und Auftrag der IRZ . . . . .	376
3.	Finanzierung der IRZ . . . . .	377
4.	Leitbild, Ziele und Schwerpunktsetzungen der Arbeit der IRZ . . . . .	377
II.	Zuwendungsfinanzierte Projektarbeit . . . . .	378
1.	Projektarten . . . . .	378
2.	Die Planung der zuwendungsfinanzierten Tätigkeit der IRZ . . . . .	378

3.	Die Handlungsformate der zuwendungsfinanzierten Tätigkeit der IRZ .....	379
4.	Nachhaltigkeit .....	380
5.	Wirkungskontrolle .....	380
6.	Verfahrensabläufe .....	380
7.	Verzahnung mit weiteren Finanzierungsarten .....	381
III.	Bedarfsorientierung, Flexibilität und langer Atem .....	381
D.	Rechtsstaatsförderung durch die Europäische Union .....	382
	<i>(Julie Trappe)</i>	
I.	Deutsche Rechtsstaatsförderung im internationalen Kontext .....	382
1.	Beteiligung an der Arbeit internationaler Organisationen .....	382
2.	Rechtsstaatsförderung durch die Europäische Union ..	382
II.	Projekttypen .....	384
1.	Technical-Assistance-Projekte .....	384
2.	EU-Grants .....	384
3.	EU-Action-Grants .....	385
4.	EU-Twinings .....	385
5.	TAIEX .....	386
III.	Herausforderungen und Entwicklungstendenzen .....	387
§ 13	Einzelne Handlungsformate und deren Erfolgsbedingungen ...	388
A.	Beratung zu Gesetzgebungsreformen .....	388
	<i>(Jens Deppe)</i>	
I.	Erfahrungen mit Gesetzgebungsreformen in Transformationsstaaten .....	388
II.	Theorien zur Gesetzgebung im Rahmen der IZ. ....	389
III.	Langfristige Ziele der Gesetzgebungsberatung .....	391
IV.	Vorausschauende Gesetzgebungsberatung als Forderung an die IZ. ....	393
B.	Kapazitätsentwicklung am Beispiel juristischer Fortbildungen ..	394
	<i>(Jens Deppe)</i>	
I.	Zum Begriff nachhaltiger Kapazitätsentwicklung .....	394
II.	Leitfragen der juristischen (praxisorientierten) Aus- und Fortbildung .....	395
III.	Erfahrungen aus den Transformationsstaaten .....	396
IV.	Weitere Analyse von Hindernissen und Herausforderungen	397
V.	Vorschläge für eine rechtsstaatliche Kapazitätsentwicklung.	398
VI.	Justizpartnerschaften .....	399
C.	Beratung zu Organisationsentwicklung .....	400
	<i>(Tillmann Schneider)</i>	
I.	Grundlagen und Ziele von Organisationsentwicklung ....	400
II.	Unterscheidung verschiedener Beratungsansätze .....	401
1.	Fachberatung .....	401
2.	Prozessberatung und systemische Ansätze .....	402
III.	Elemente und Phasen von Veränderungsprozessen .....	402
1.	Diagnose .....	403

2.	Zielfindung . . . . .	404
3.	Umsetzung . . . . .	404
4.	Re-Stabilisierung & Reflexion . . . . .	405
IV.	Erfolgsbedingungen und Herausforderungen . . . . .	405
D.	Universitäre juristische Ausbildung . . . . .	406
	<i>(Hinrich Julius)</i>	
I.	Internationale Rechtsstaatsförderung in regulären juristischen Studiengängen . . . . .	406
II.	Angebote juristischer Aus- und Fortbildung speziell für ausländische Studierende . . . . .	407
1.	Sommerschulen . . . . .	407
2.	ERASMUS+ . . . . .	407
3.	Magister/LL.M. in Deutschland . . . . .	408
4.	Moot Courts . . . . .	409
5.	Promotionsförderung . . . . .	409
III.	Studienangebote im Ausland . . . . .	410
IV.	Beratung zur Curricula-Entwicklung . . . . .	412
V.	Ausblick . . . . .	412
E.	Rechtsstaatsdialoge und andere Dialogformate . . . . .	413
	<i>(Beatrix Lindner, Tilmann J. Röder und Anne Katharina Zimmermann)</i>	
I.	Formate und Merkmale rechtlicher Dialoge . . . . .	413
II.	Rechtsstaatsdialoge der Bundesregierung . . . . .	414
1.	Rechtsstaatsdialog mit China (seit 2000) . . . . .	414
2.	Rechtsstaatsdialog mit Vietnam (seit 2008) . . . . .	416
3.	Rechtsstaatsdialog mit Russland . . . . .	417
III.	Rechtsdialoge von Praxis, Stiftungen und Wissenschaft . . . . .	417
IV.	Moderation von Dialogen . . . . .	418
F.	Förderung lokaler Nichtregierungsorganisationen . . . . .	419
	<i>(Tilmann J. Röder)</i>	
I.	Kooperations- und Finanzierungsmodelle im Überblick . . . . .	419
II.	Vor- und Nachteile der Förderung lokaler Akteure . . . . .	420
1.	Kontextnähe und Eigeninteresse . . . . .	420
2.	Rechtliche Rahmenbedingungen . . . . .	421
3.	Wirtschaftlichkeit und Effizienz . . . . .	421
4.	Nachhaltigkeit . . . . .	422
III.	Kooperations- und Finanzierungspraxis . . . . .	423
1.	Auswahlkriterien . . . . .	423
2.	Probleme bei der Implementierung . . . . .	423
3.	Ethische und politische Herausforderungen . . . . .	424
IV.	Ausblick . . . . .	424
G.	Rechtsverbreitung . . . . .	425
	<i>(Tillmann Schneider)</i>	
I.	Ziele und Wirkungshypothesen . . . . .	425
II.	Ansätze in der Praxis . . . . .	427
III.	Herausforderungen und Risiken . . . . .	428
IV.	Erfolgsbedingungen . . . . .	429

H.	Erfahrungsaustausch und Netzwerke . . . . .	431
	<i>(Peter Best und Julie Trappe)</i>	
I.	Erfahrungsaustausch und Netzwerke in der Rechtsstaatsförderung . . . . .	431
II.	Aktivitäten . . . . .	431
	1. Studienreisen . . . . .	431
	2. Konferenzen und Seminare . . . . .	432
	3. Hospitationen . . . . .	433
	4. Justizpartnerschaften, Austauschveranstaltungen . . . . .	434
III.	Vernetzung und Erfahrungsaustausch auf europäischer Ebene . . . . .	434
IV.	Vernetzung und Erfahrungsaustausch über Rechtsstaatsförderung . . . . .	435
V.	Wirkung, Voraussetzungen und Ausblick . . . . .	435
I.	Digitale Technologien . . . . .	437
	<i>(Yannic Körtgen)</i>	
I.	Einleitung . . . . .	437
II.	E-Justice & Legal Tech: Anwendung und Potentiale . . . . .	438
	1. Digitalisierung von Gerichten und Justizinstitutionen . . . . .	438
	2. Informationsverbreitung und Onlineberatung . . . . .	439
	3. Sicherung, Erstellung und Bearbeitung von Dokumenten . . . . .	441
	4. Online-Streitschlichtung (Online Dispute Resolution) . . . . .	442
	5. Weitere Anwendungsbereiche . . . . .	442
III.	Risiken und Herausforderungen digitaler Technologien in der Rechtsstaatsförderung . . . . .	442
	1. Bildungsgrad und technische Herausforderungen . . . . .	442
	2. Datenschutz, Privatsphäre und Überwachung . . . . .	443
	3. Rechtliche und qualitative Probleme . . . . .	443
	4. Neue Exklusionen . . . . .	443
§ 14	Wissensmanagement, Praxiserfahrungen und Standards . . . . .	445
A.	Wissensproduktion und Wissensmanagement . . . . .	445
	<i>(Michael Riegner und Jens Deppe)</i>	
I.	Ebenen und Ansätze des Wissensmanagements in der Rechtsstaatsförderung . . . . .	445
II.	Wissensmanagement in Abhängigkeit von Technik, Organisation und Verfahren . . . . .	446
	1. Technik: Digitalisierung und Datenerhebung . . . . .	446
	2. Organisation der Produktion und Nutzung von Wissen . . . . .	447
	3. Verfahren der Projektplanung und -durchführung . . . . .	449
III.	Entwicklungsperspektiven . . . . .	450
	1. Lernerfahrungen . . . . .	450
	2. Ausbau der Epistemic Community . . . . .	451
B.	Bildung von Praxisstandards für die deutsche Rechtsstaatsförderung . . . . .	452
	<i>(Jens Deppe)</i>	

I.	Einleitung: Arten und Wirkungsweisen von Standards in der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) . . . . .	452
II.	Ausrichtung der EZ auf die Menschenrechte. . . . .	454
III.	Rechtsstaatlich orientierte Standardbildung infolge der Agenda 2030. . . . .	455
IV.	OECD-DAC-Kriterien als relevante Umsetzungsstandards. .	456
V.	Beispiele für Praxisstandards im europäischen Kontext. . .	457
<b>Sechster Teil: Deutschlands Beiträge zur internationalen Rechtsstaatspolitik. . . . .</b>		<b>459</b>
§ 15 Deutschlands Beiträge zur internationalen Rechtsstaatspolitik. .		461
A.	Rechtsstaatspolitik im Rahmen der Europäischen Union. . . . . ( <i>Daniel Hegedüs (I. + II.) und Jan Petry (III.)</i> )	461
I.	Normenkanon . . . . .	461
II.	Rechtsstaatspolitik im Verhältnis zu Mitgliedsstaaten. . . .	462
1.	Schutzmechanismen. . . . .	462
2.	Die Rolle deutscher Akteure in der Rechtsstaatspolitik der EU-Institutionen . . . . .	464
III.	Rechtsstaatspolitik in der Europäischen Union in Bezug zu Drittstaaten . . . . .	465
1.	Das Beitrittsverfahren. . . . .	465
2.	Nachbarschaftspolitik. . . . .	467
B.	Rechtsstaatspolitik im Rahmen des Europarates und der OSZE. 468 ( <i>Thomas Vennen und Nathalie Ebead</i> )	468
I.	Einleitung. . . . .	468
II.	Europarat . . . . .	469
III.	OSZE. . . . .	470
IV.	Herausforderungen . . . . .	471
C.	Rechtsstaatspolitik im Rahmen der Vereinten Nationen und der Weltbank . . . . . ( <i>Clemens A. Feinäugle (I.) und Yannic Körtgen (II.)</i> )	473
I.	Rechtsstaatspolitik im Rahmen der Vereinten Nationen. . .	473
1.	Besondere Schwierigkeiten . . . . .	474
2.	Mitwirkung Deutschlands. . . . .	474
3.	Wissenschaftlicher Diskurs . . . . .	475
4.	Fazit . . . . .	476
II.	Rechtsstaatspolitik im Rahmen der Weltbank . . . . .	476
1.	Rechtsstaatsbegriffe . . . . .	476
2.	Deutsche Rechtsstaatspolitik innerhalb der Weltbank	478
Stichwortverzeichnis . . . . .		481